



Bundesregierung unterstützt Städte und Gemeinden bei Klimaanpassung

14.06.2023 Fachinformation

Der Bund stellt erneut beträchtliche Mittel zur Verfügung, um Städte und Gemeinden bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) startet am 15. Juni 2023 den vierten Projektauftrag. Damit stehen für die Jahre 2023 bis 2026 weitere 200 Millionen Euro für das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ zur Verfügung.

Bundesbauministerin Klara Geywitz und Bundesumweltministerin Steffi Lemke haben am 14. Juni 2023 in Berlin gemeinsam ein Modellprojekt aus dem BMWSB-Bundesprogramm besichtigt. Städte und Gemeinden sind nun zum vierten Mal aufgerufen, ihre Projekte einzureichen, zum Beispiel für die Begrünung versiegelter Flächen oder für die Ertüchtigung sowie Neuanlage von Grünflächen und Gewässern. Seit dem Programmstart im Jahr 2020 werden insgesamt 676 Millionen Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) bereitgestellt, um die Klimaresilienz der Städte und Gemeinden zu erhöhen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) wiederum unterstützt Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen der Klimakrise in Kommunen und sozialen Einrichtungen mit 60 Millionen Euro sowie mit einer Vielfalt an Angeboten zur Beratung durch das Zentrum KlimaAnpassung (ZKA).

Außerdem stellt das BMUV bis 2026 vier Milliarden Euro für ein Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz zur Verfügung. Darunter versteht man die Renaturierung von Auen, Wäldern, Mooren, aber auch die Begrünung von Städten. In Kürze folgt eine Förderung von natürlichem Klimaschutz auch in Kommunen im Rahmen des Aktionsprogramms. Damit sollen neue Stadtbäume gepflanzt und neue Grünflächen - sogenannte Naturoasen - geschaffen bzw. aufgewertet werden.

Förderauftrag des BMWSB:

Die Städte und Gemeinden sind aufgerufen, bis zum 15. September 2023 geeignete Projekte bei dem mit der Umsetzung des Programms betrauten Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) einzureichen. Die Auswahl der Förderprojekte trifft der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Weitere Informationen zum Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ unter: www.bbsr.bund.de/klima-raeume